

* Eine „Kriegskommission für Konsumenteninteressen“. Für Montag berief der Gewerbeverein eine Versammlung ein, die eine „Kriegskommission für Konsumenteninteressen“ gründen sollte. Kriegsministerium, Uckerbauministerium, Magistrat schickten Vertreter, ebenso eine Reihe von Organisationen. Der Referent Professor Dr. Kobatsch und die nächste Rednerin Frau Freund-Marcus äußerten starke Hoffnungen, daß die Regierung viel tun werde, um die Teuerung einzubüßmen. Dieser Meinung trat Dr. Karpeles, der Vertreter des Konsumvereines „Vorwärts“, entgegen. Er verwies auf das, was bisher nicht geschehen ist, und legte dar, daß es infolge des Ausnahmezustandes an den Mitteln fehle, auf die Regierung zu wirken. Seien doch auch Neuerungen der Wiener Gemeindevertretung über die Höchstpreise von der Zensur unterdrückt worden! Die „Kriegskommission“, die man gründen wolle, werde gar nichts ändern, und man hätte ebensogut wie zu dieser Sitzung zu einem „Zinsfuhrthee“ einladen können. Professor Kobatsch erwiderte sehr grob und sehr sinnlos. Er meinte, mit Leuten wie Dr. Karpeles könne man nicht arbeiten und man müsse froh sein, wenn sie nicht mitarbeiten. Genossin Popp legte gegen diese Form der Votemil Verwahrung ein und wies darauf hin, daß Dr. Karpeles, der als Vertreter von 50.000 Konsumenten gesprochen habe, schon viele Enttäuschungen erlebt und deshalb Grund habe, gerade jetzt keine Hoffnungen zu hegen. Trotzdem konstituierte sich die Versammlung als „Kriegskommission für Konsumenteninteressen“. Sie sprach in einer Resolution vor allem den Reichsbehörden die Anerkennung aus und verlangte dann eine Vermehrung der Arbeitskräfte durch Verwendung von Kriegsgefangenen und Entlassung von landwirtschaftlichen Arbeitern aus dem Kriegsdienst. Ferner wurden bereits oft angeregte Maßregeln zur besseren Ausnützung der Vorräte gefordert, dann Verbilligung und Verbesserung des Frachtverkehrs.